Salzburger Plattform gegen Atomgefahren. Für erneuerbare Energien.

plage NEWS

PN November 1/20

Covid-19

Im Kontext mit Atomenergie

Atomenergie:
exklusiv und langsam

Eine vorsorgende
Gesundheitspolitik

Der Kampf um
Laufzeitverlängerungen

EURATOM Watch

Neues Aussehen für zeitlose Probleme

Von der Plattform News zur plage News

Mit QR-Codes verweisen wir auf interessante Zusatzinformationen. In den neuen Betriebssystemen von Smartphones oder Tablets sind die dafür notwendigen Reader als App verfügbar. Einfach ausprobieren!

Die letzten Monate waren gekennzeichnet durch individuelle und gesellschaftliche Einschränkungen. Neben intensiven internen Recherchen haben wir diese Zeit genutzt, über die Form nachzudenken, wie wir unsere Themen möglichst ansprechend aufbereiten können. Wären wir ein Unterhaltungsmagazin, wäre uns dazu viel eingefallen. Für eine NGO-Gazette ist es nicht ganz so einfach, attraktives Design mit differenzierten Informationen in Übereinstimmung zu bringen. Dank der kompetenten Begleitung von Hans-Peter Traunig der Salzburger Agentur levelseven haben wir die „Plattform News“ zur „plage News“ umgewandelt und neben dem Titel auch das Erscheinungsbild einem face lifting unterzogen.

Dass COVID-19 auch Thema dieser ersten Ausgabe sein wird, hat – Sie werden es beim Lesen gleich merken – mehrere Gründe und schien daher als konkretes Bedrohungsszenario als auch als Metapher einer fehlgeleiteten ökonomischen und ökologischen Entwicklung für uns sehr brauchbar.

Neben diesem Thema möchten wir Sie mit aktuellen Informationen zu AKW-Neubauten, fragwürdigen Laufzeitverlängerungen oder der Diskussion, inwieweit Atomenergie ein Klimaretter sein kann, versorgen. Die bevorstehende „Konferenz zur Zukunft Europas“ (weitere Informationen siehe QR-Code rechts oben) die Corona bedingt auf diesen Herbst verschoben wurde, wird sich – so zumindest der Wunsch zahlreicher Umwelt-NGOs – auch mit einer Vertragsrevision des EURATOM-Vertrags beschäftigen müssen, wie ein Blick zu unseren Partnerorganisationen in Deutschland, Dänemark oder Frankreich zeigen kann.

Neben internationalen Fragestellungen gibt es auch Spannendes über den geplanten ÖBB-Streckenausbau im Flachgau und den damit verbundenen Erdaushub, der massiv mit Radon belastet ist.

Die Anti-Atomarbeit ist von Umweltschutz- und Klimaschutzfragen oder aktiver Friedensarbeit nicht zu trennen. Um all diese Bereiche wird es in unserem Magazin gehen, zu dessen Lektüre wir anregen.

Ihr PLAGE-Team

AUS DEM INHALT

PLAGE MENSCHEN 3
COVID-19 UND ATOM 4
KLIMA UND ATOM 7
EURATOM WATCH 9
PLAGE TAGEBUCH 10
HOT SPOT INTERNATIONAL/AT 11
NACHRUF 14
INFO CORNER 15

IMPRESSUM

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger:
Verein Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Verlagsort: 5020 Salzburg
Redaktion: Julia Bohnert (JB), Heinz Stockinger (HS), Christa Wieland (CW).
Vereinsadresse: 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Österreich
Telefon und Fax: +43 662 643567
e-mail: info@plage.at | www.plage.at
Bürozeiten: Dienstag bis Freitag 9-13 Uhr
Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.
Grafische Gestaltung: Hans-Peter Traunig – levelseven.at
Produktion: offset5020 Druckerei- und Verlagsgesellschaft

Fördergeber & Unterstützer

Wir bedanken uns sehr herzlich bei unseren Fördergebern, vor allem dem Land Salzburg und der Stadt Salzburg, für die Unterstützung unserer Arbeit.

LAND SALZBURG
STADT : SALZBURG

Verdienstzeichen für Engagement

Eine weitere Auszeichnung für ausgezeichnete Arbeit

Zum fünften Mal findet die Verleihung des Umwelt-Verdienstzeichens für Natur, Umweltschutz, Klima und Energie statt. Das Land zeichnet damit besonders verdienstvolle Persönlichkeiten aus, die ihr Engagement dem Umweltschutz widmen und damit einen wertvollen Beitrag zu nachhaltigem Handeln leisten.

Es freut uns, dass in diesem Jahr mit ***Heinz Stockinger*** und ***Maria Fellner*** zwei PLAGE-AktivistInnen ausgezeichnet werden, die sich über viele Jahrzehnte vehement für Erneuerbare Energien und gegen Atomenergie stark machen. Auch wenn sich die Aufgaben der Anti-Atombewegung im Laufe der Jahre verändert haben, so ist die Aktualität leider ungebrochen hoch.

Insbesondere auf europäischer Ebene ist die Abschaffung des EURATOM-Vertrags innerhalb der Anti-Atombewegung ein zentrales Anliegen, ähnlich wie Diskussionen rund um den „Green Deal", den Ausbau der Erneuerbaren Energien oder die Laufzeitverlängerung bestehender Reaktoren beziehungsweise AKW-Neubauten. Die Klage der österreichischen Regierung gegen die Genehmigung horrender britischer Beihilfen durch die EU-Kommission für den AKW-Neubau Hinkley Point C (GB) wurde nach 6-jährigem Rechtsstreit diesen September endgültig abgeschmettert.

Dass Heinz Stockinger und Maria Fellner nach vielen Jahrzehnten nicht müde werden, diese Arbeit für eine atomfreie Zukunft zu leisten, ist jedenfalls eine Anerkennung wert und der gesamte PLAGE-Vorstand mit seinen Mitgliedern und SympathisantInnen gratuliert dazu ganz herzlich!

© Nil Stranzinger

Maria Fellner

Das Engagement von Maria Fellner begann nach dem Schock von Tschernobyl gegen die WAA Wackersdorf. Ihre Leidenschaft in der PLAGE galt Temelin: ein Kampf, den sie sofort ab der Ostblock-Öffnung führte. Ihr Wunsch für die Zukunft: dieselben rechtlichen Mittel zu haben wie die AKW-Betreiber.

© Nil Stranzinger

Heinz Stockinger

Heinz Stockingers „Erweckungserlebnis" war die bunte, angriffslustige Demonstration in Zwentendorf im Juni 1977, vor dem fertigen Atommeiler. Nach der weltweit größten grenzüberschreitenden atomaren Auseinandersetzung gegen die WAA Wackersdorf gehörte seine Leidenschaft dem Grabenkampf gegen den EURATOM-Vertrag. Sein Wunsch für die Zukunft: die Schleifung dieser Privilegienfestung der europäischen Atomindustrie zu erleben.

Covid-19 im Kontext mit Atomenergie

Die Covid-19-Pandemie wirft im Hinblick auf die Nutzung von Atomenergie essentielle Fragen auf

Die globale Pandemie hält die Welt in Atem und bringt nahezu alle Staaten in erhebliche ökonomische und soziale Bedrängnis. Alle Dimensionen des Lebens sind davon betroffen und zeigen einmal mehr die Zerbrechlichkeit einer unbegrenzten Wachstumsökonomie auf.

Fernab der öffentlichen Diskussion um lock downs, soziale Sicherungsinstrumente und staatliche Unterstützungen hat insbesondere die Atomwirtschaft ganz vehement mit den Auswirkungen der Pandemie zu kämpfen. Im Folgenden stellen wir an dieser Stelle blitzlichtartig einige Beispiele vor.

Die Atomindustrie missbraucht die Corona-Krise für Sicherheitsabstriche

Der unabhängige Energieexperte Paul Dorfman vom *Energy Institute des University College London* weist in einem Artikel über die Französische Atomwirtschaft „Covid-19 setzt Frankreichs Nuklearmodell unter Druck" in *petroleum economy* vom 26. Mai 2020 darauf hin, dass die Verringerung der Reaktormannschaften in französischen AKWs wegen Ansteckungsgefahr natürlich auch eine dramatische Verringerung der Sicherheit bedeutet. Zudem stehen den Betreiberfirmen beträchtliche Einnahmensverluste bevor, da die Stromproduktion durch die Pandemie gedrosselt wurde.

Im Gegensatz zu Wind- und Solarstromanlagen, die über lange Strecken ohne menschliche Bedienung laufen können, müssen Atomkraftwerke ständig überwacht werden. Sogar wenn sie abgeschaltet sind. Geschultes Personal wird beispielsweise zur Aufrechterhaltung der Kühlung des Reaktorkerns benötigt. Dass es im Zuge von pandemischen Ereignissen, so wie wir sie augenblicklich erleben, zu gravierenden Personalengpässen kommen kann und dadurch eine erhebliche Sicherheitslücke entsteht, das hebt auch die unabhängige französische *Commission de Recherche et d'Information Indépendantes sur la Radioactivité* in einer Pressemitteilung vom 31. März 2020 eindrücklich hervor.

Der atomare Hunger nach staatlichen Beihilfen

Wirft man einen Blick über den europäischen Tellerrand, so kommt es einer Ironie gleich, dass gerade die US-amerikanische Atomindustrie den Ausbruch von Covid-19 nutzt, um staatliche Fördertöpfe anzuzapfen. Atomkraft- und Atomwaffenfirmen waren die ersten, die sich in den USA in der Corona-Krise um Bundeszuschüsse anstellten. Und die Atomaufsichtsbehörde *Nuclear Regulatory Commission (NRC)* gestand den AKW-Betreibern flugs Abschwächungen der Sicherheitsanforderungen zu, wie *Beyond Nuclear International* am 20. und 29. März 2020 berichtete.

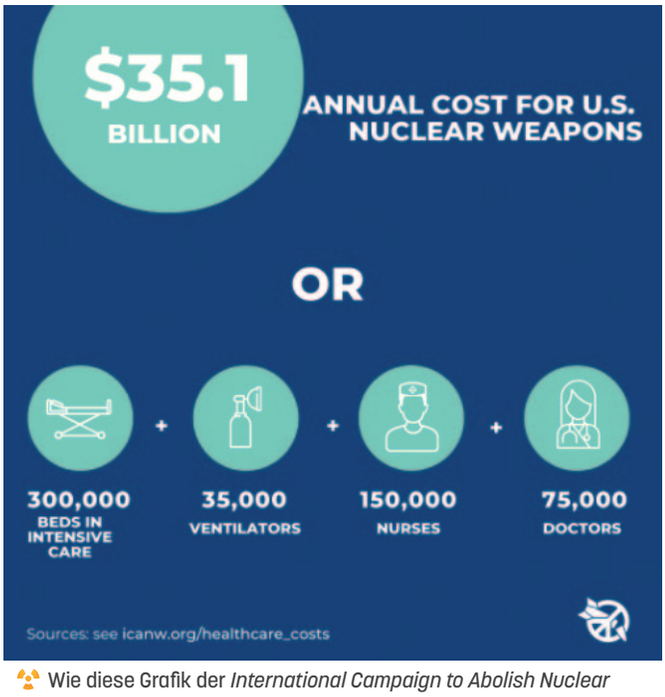
Die NRC gestattete den Kraftwerksbetreibern, sicherheitsrelevante Wartungsarbeiten, Inspektionen und andere Erfordernisse für die Dauer der Pandemie auszusetzen. Weniger Sicherheitsinspektionen und ein personell unterbesetzter Kontrollraum? Zudem die Erlaubnis, ArbeiterInnen in längeren Schichten arbeiten zu lassen – in einem derart sensiblen Arbeitsumfeld, das eine 100%ige Aufmerksamkeit erfordert. Ein inakzeptables Risiko.

Es kam weiters nicht überraschend, dass das *Nuclear Energy Institute (NEI)*, der Lobby-Arm der US-Atomenergiebetreiber, in Windeseile einen Bittbrief an führende Kongressabgeordnete sandte, in dem es um einen 30%igen Steuererlass ansuchte und die Streichung bestehender Aufsichtsgebühren verlangte. Zu den „bedürftigen Empfängern" sollen nach der Vorstellung des NEI die Reaktoren Vogtle 3 und 4 in Georgia gehören, deren Bau schon über fünf Jahre hinter dem Zeitplan liegt und mit nunmehr veranschlagten 28 Milliarden Dollar doppelt so viel wie ursprünglich prognostiziert kosten soll. Die Errichtungsfirma *Georgia Power* hätte gerne eine hübsche fette Beihilfe, um den Bau fortzusetzen, obwohl die Firma ohnehin schon Kreditgarantien in Höhe von 12 Milliarden Dollar erhalten hat. Zusätzlich darf das Unternehmen dank bundesstaatlichem „Bau-Unterstützungsgesetz" im Voraus die SteuerzahlerInnen zur Kasse bitten, um die Kosten für die beiden Reaktoren zu decken – ohne Gewähr, dass diese je fertiggebaut werden.

© Harald Steinbichl / www.roadside-picnic.com

Dem atomaren Dornröschen Zwentendorf kann Covid-19 nichts mehr anhaben.

Der Dreistigkeit aber noch nicht genug. Mittlerweise fordern auch Atomwaffenhersteller Bundeszuschüsse an. Wie *Code Pink* (www.codepink.org), eine US-amerikanische Bürgerrechtsorganisation, kommentierte, besaß der Boeing-Konzern die Frechheit, eine 60-Millionen-Dollar-Rettungsaktion aus Steuergeldern für seine Aktionäre und Führungskräfte zu fordern. Boeing ist verantwortlich für die *Minuteman* Interkontinental-Raketen, die dieses Jahr durch die *Ground Based Strategic Deterrent* (Bodengestützte Strategische Abwehrwaffen) ersetzt werden sollen. Zudem hat Boeing eine 26,7 Millionen Dollar Order der US-Marine für Wartung, Umrüstung und technische Betreuung ihrer Trident-II-D5 U-Bootraketen erhalten.



Wie diese Grafik der *International Campaign to Abolish Nuclear Weapons* verdeutlicht, finanzierten die USA auch schon vor Corona ihr Atomwaffenarsenal mit gigantischen Beträgen.

Erstaunlicherweise war es der ultrakonservative Senator Ted Cruz, der auf Twitter gegen Geldgeschenke an Konzerne wie Boeing und General Electric wetterte und großzügige Geschenke und Sozialhilfen für Konzerne kritisierte. Nichtsdestotrotz erhielt Boeing ein staatliches Darlehenspaket über 17 Milliarden Dollar, das weitgehend auf die Bedürfnisse der Firma zugeschnitten war und laut *Washington Post* sowohl von Repräsentantenhaus als auch Senat Ende März beschlossen wurde. Dass die Boeing-Aktien nach Unterzeichnung des Darlehensbeschlusses um über 24 % in die Höhe schossen, zeigt einmal mehr, wie stark staatliche Förderungen zur Wettbewerbsverzerrung beitragen.

Die Erneuerbare Energien-Branche erlitt hingegen einen Schlag. Im Zuge der Covid-19-Krise hatte sie um Fristerstreckung im Zusammenhang mit Bau und Fertigstellung von Sonnen- und Windkraftprojekten ersucht, ohne die sie den Zugang zu von der Bauzeit abhängigen Steuervorteilen verlieren könnte. Die Fristerstreckung wurde abgelehnt. Die einschlägigen Industrieverbände hoffen, in etwaigen späteren Hilfspaketen berücksichtigt zu werden. Die Politik der Trump-Regierung hatte schon vor Corona zur Streichung von über 600.000 Stellen im Erneuerbaren Sektor geführt, wie eine Analyse des *Center for American Progress Action Fund* feststellte.

Covid-19 als Anreiz für den Ausbau Erneuerbarer Energien

Die auf Finanzen und Investitionen spezialisierte Nachrichtenagentur *Bloomberg News* meldete Anfang Mai 2020, dass der Atomsektor „von den Erneuerbaren Energien und der Corona-Krise gebeutelt wird." Covid-19 kann demnach auch einen Anreiz für den Ausbau „grüner" Energien bedeuten, wie im Folgenden die Beispiele Großbritannien und Irland zeigen.

So diagnostizieren die *Nuclear-Free Local Authorities* (NFLA, Atomfreie Regionen und Gemeinden in Großbritannien und Irland) eine historische Gelegenheit, den Trend zum Ausbau Erneuerbarer Energien fortzusetzen (Policy Briefing NFLA No. 200/2020). Wie einer NFLA-Presseaussendung vom 6. April 2020 zu entnehmen ist, liegt die Windkraft bereits bei 38,1 % der britischen Stromproduktion und die Solarenergie/Photovoltaik steuerte weitere 23,4 % bei. Zum Vergleich: aus den AKWs kamen knapp über und aus fossilen Kraftwerken knapp unter 15 %. Im selben Zeitraum sank der Verbrauch als Folge von Covid-19 um 10 %.

In Irland ging der Elektrizitätsbedarf in der Covid-19-Anfangszeit sogar an Wochen- bzw. Arbeitstagen im Schnitt um 20 % zurück. Die irische Windkraft erreichte 2019 mit 463 Megawatt Zubau (24 neue Windfarmen) und mit der Deckung von einem Drittel des Strombedarfs Rekordwerte (Rang 2 in Europa).

Wie viele weitere Organisationen der Zivilgesellschaft, politische Parteien und Unternehmen weltweit fordern auch die NFLA ein wirtschaftliches Anreizprogramm, das alle Maßnahmen auf die Klimarettung ausrichtet.

Für den Energiebereich heißt das: das beeindruckende Wachstum der Erneuerbaren verstärken, lokale, dezentrale Energielösungen fördern, Batteriespeicherung, effizienter Verbrauch und intelligente Energiesysteme. Und es bedeutet auch: keine dutzenden Milliarden auf neue Atommeiler verwenden, die ohne Subventionierung über Steuern und Strompreise defizitär wären – wie beispielsweise der AKW-Neubau Hinkley Point C in Großbritannien. [HS]

Die Presse MITTWOCH, 23. SEPTEMBER 2020

Energie. Österreich verliert den Kampf gegen das britische AKW Hinkley Point C. Doch der hartnäckige Atomkraftgegner lässt nicht locker und will den Euratom-Vertrag umschreiben.

Die Kernkraft spaltet Europa

VON MATTHIAS AUER

Wien. Welche Zukunft hat Nuklearenergie in Europa? Die Antwort auf diese Frage spaltet die EU-Länder wie kaum ein anderes Thema. Denn auch wenn die einstige Atom-Nation Deutschland in zwei Jahren ihren letzten Meiler abschalten wird, ist das Schicksal der Technologie damit noch lang nicht besiegelt. Nur ein Jahr später wird an der Südwestküste Englands der nagelneue dritte Reaktor des Kernkraftwerks Hinkley Point ans Netz gehen – und den Briten 60 Jahre lang Atomstrom liefern. Daran wird auch Österreich, Europas Scharfmacher gegen die Atomkraft, nichts mehr ändern können.

Vor fünf Jahren zog die damalige rot-schwarze Koalition gegen den Beschluss der EU-Kommission, Großbritannien milliardenschwere Subventionen für Bau und Betrieb des Kraftwerks zu genehmigen, vor Gericht. Am gestrigen Dienstag holte sich das Land die finale Abfuhr. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) lehnte die Nichtigkeitsbeschwerde in letzter Instanz ab. Der Grundsatz des Umweltschutzes stehe staatlichen Beihilfen für den Bau des 31 Milliarden Euro teuren AKWs nicht entgegen. Zudem stehe es dem Vereinigten Königreich frei, „die Zusammensetzung seines Energiemixes zu bestimmen".

Keine Mittel für AKW aus Green Deal

Das Urteil geht weit über den Einzelfall hinaus. Es gilt als Präzedenzfall dafür, welche Zukunft die Technologie auf dem Kontinent haben wird. Österreich steht spätestens, seitdem die Bevölkerung 1978 entschieden hat, das AKW Zwentendorf nicht in Betrieb zu nehmen, an der Spitze der Atomgegner in Europa. Gerade gegen die grenznahen Kraftwerke Bohunice und Mochovce in der Slowakei, Temelin und Dukovany in Tschechien sowie Paks in Ungarn und Krško in Slowenien kämpft das Land seit Jahren. Ähnlich wie bei Hinkley Point C versuchte Österreich etwa, Beihilfen für das ungarische AKW Paks 2 zu verhindern. Das Verfahren war bis zum gestrigen Urteil ruhend gestellt. Nun dürfte es gleich „ernüchternd" enden wie die Klage gegen Hinkley Point, räumte die grüne Umweltministerin, Leonore Gewessler, ein. Österreich werde dieser „Fehlentwicklung" wie im Regierungsprogramm vorgesehen „mit allen zur Verfügung stehenden politischen und rechtlichen Mitteln entgegenwirken".

Tatsächlich hat die Kernkraft in den vergangenen Jahren weltweit stark an Einfluss verloren, wie der „World Nuclear Status Report" zeigt. Seit nunmehr zwanzig Jahren wurden jedes Jahr mehr Reaktoren abgeschaltet als neu ans Netz angeschlossen. Selbst China, der derzeit größte Investor in neue Atomkraftwerke, steckte in den vergangenen Jahren deutlich mehr Yuan in den Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken als in weitere AKW-Blöcke. Auch in Europa hat die Technologie mit immer stärkerem politischen Gegenwind zu kämpfen. So gilt die Kernenergie etwa nicht als nachhaltige Investition im Rahmen des Green Deals und darf daher auf keine EU-Fördermittel aus dem 40 Milliarden Euro schweren Just Transition Fund hoffen.

Unfreiwillige Schützenhilfe aus London

Dennoch halten viele Staaten auch in Europa weiter an der Nuklearenergie fest. Länder wie Frankreich, Belgien, Finnland, die Niederlande, Spanien, Ungarn, Rumänien, Tschechien und die Slowakei setzen auf den Erhalt beziehungsweise auf den Ausbau ihrer Atomkraftwerke. Wie Hinkley Point ist auch jedes andere neu gebaute AKW auf öffentliche Förderungen angewiesen. Und wenn der Branche auch der Zugang zu den EU-Töpfen erschwert wird, so gilt das nicht für nationale Subventionen, wie das EuGH-Urteil zeigt.

Eine Grundlage dafür ist der Euratom-Vertrag, das Abkommen der Europäischen Atomgemeinschaft aus dem Jahr 1957. Darin werden staatliche Zuwendungen legitimiert, die das Ziel verfolgen, die Atomkraft als „Kernindustrie" weiterzuentwickeln. Damit sei auch künftig nahezu jede nationale Förderung für neue Atomkraftwerke möglich, ärgert sich Umweltministerin Gewessler.

Sie will Österreichs Feldzug gegen die Atomenergie auf die nächste Ebene heben und den „veralteten Euratomvertrag" grundlegend reformieren. Das Ministerium hat bereits ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die europarechtlichen Möglichkeiten ausloten soll. Nun sucht Gewessler Verbündete in Europa, die das Reformprojekt mittragen wollen. Leicht wird das nicht. Um den Euratom-Vertrag zu ändern, müssten alle Vertragspartner zustimmen. Darunter auch Nuklearmächte wie Frankreich. Dennoch wittert die Umweltministerin Morgenluft. Sie will zunächst genug Unterstützung finden, um eine „Vertragsstaatenkonferenz" einberufen zu können. London könnte ihr unfreiwillig zur Hilfe kommen. Denn für die Einberufung der „Vertragsstaatenkonferenz" reicht die einfache Mehrheit der Mitglieder. Und mit dem Ausstieg der Briten aus der EU sind die Länder, die nicht (mehr) auf Atomkraft setzen, erstmals in der Überzahl.

Deutschland räumt mit seiner Atomenergie auf. Im Bild der Abriss des AKW Mülheim-Kärlich. [Reuters]

© Die Presse

Faksimile aus *Die Presse* vom 23.9.2020 zu Hinkley Point C

KURZ GEMELDET: Weltenergieverbrauch sinkt wegen Covid-19

Im Gefolge der Corona-Pandemie ist für das Jahr 2020 ein geringerer Energieverbrauch zu erwarten. Die Internationale Energieagentur (IEA) schätzte Anfang Mai, dass er um 6 % zurückgehen könnte, in den Staaten mit hohem Energieverbrauch sogar um bis zu 10 %. Den markantesten Rückgang sagt die IEA mit 9 % dem Erdölverbrauch voraus, gefolgt von Kohle (–7 %), Erdgas (–4 %) und Atomkraft (–2 %). Einzig die Erneuerbaren dürften etwas im Plus bleiben (+1 %).

Positive Folgen für das Weltklima: eine erwartbare Abnahme des CO_2-Ausstoßes um bis zu 8 %.

(Quelle: SILENCE, 9/2020)

© azeret33 | Pixabay

Atomenergie: ein exklusives und langsames Unterfangen

... und damit unbrauchbar für die Bewältigung der Klimakrise!

Im Jahr 2019 hatte die Atomenergie einen Anteil von 10,4 Prozent an der weltweiten kommerziellen Stromproduktion. Die Nutzung von Atomenergie ist zudem ein überaus exklusives Unterfangen weniger Staaten: nur 31 Länder auf der Welt nutzen sie. In der EU sind es 13 von 27 Mitgliedstaaten. Keine Betreiberfirma, keine Versicherung übernimmt dafür eine schadensgerechte Haftung.

Eine Berechnung der Organisation *Energy Watch Group* (www.energywatchgroup.org) zeigt eindeutig: um mit Atomenergie nur 10 % (!) der heutigen globalen CO_2-Emissionen bis 2050 senken zu können, müssten bis dahin 2184 neue Atomkraftwerke (je 1 GW) gebaut werden. Das bedeutet, jeden Monat müssten etwa 8 neue Atomkraftwerke ans Netz gehen! Eine absurde Vorstellung, für die weder das Kapital aufgebracht werden kann noch genügend Uran für den Betrieb gefördert werden könnte[1]. Statistisch gesehen beträgt die durchschnittliche Bauzeit eines AKWs derzeit 10 Jahre. Zudem sind 60 % der laufenden Neubauprojekte durch Verzögerungen gekennzeichnet[2].

Dazu ein konkretes aktuelles Beispiel: derzeit läuft das Genehmigungsverfahren für das geplante AKW Sizewell C in der südostenglischen Grafschaft Suffolk. Die PLAGE hat sich an diesem UVP-Verfahren per Einwendung beteiligt. Nach eigenen Angaben rechnet der französische Atomgigant *Électricité de France* mit ihrem Partner *China General Nuclear* mit einer Bauzeit von 9 bis 12 Jahren. Eine Inbetriebnahme erfolgt demnach frühestens im Jahr 2034. Wie EDF kürzlich zugegeben hat, würde es weitere 6 Jahre dauern, bis die beim Bau entstandenen Treibhausgasemissionen „ausgeglichen“ würden, was bedeutet, dass der AKW-Bau erst ab 2040 einen vermeintlich[3] positiven Beitrag zu dem britischen Nullemissionsziel darstellt.[4]

Allein schon dieses Beispiel widerlegt die Behauptung, Atomkraft könne eine Klimaretterin sein. Die Klimakrise erfordert eine rasche und eine globale Antwort – Atomenergie ist vor diesem Hintergrund eine Schnecke. [JB]

QUELLEN:

[1] Fell, Hans-Josef (2020). Atomrenaissance? Weltweit keine Chance, trotz aller Propaganda! Newsletter vom 23.7.2020. Die Berechnung geht konservativ von einer 7-jährigen AKW-Bauzeit aus.
[2] Schneider, Mycle/Froggatt, Antony (2019). World Nuclear Industry Status Report. Paris & Budapest, 15-18.

[3] Atomenergie ist keine CO_2-neutrale Technologie. Entlang der gesamten nuklearen Brennstoffkette (Uranabbau; Herstellung Brennelemente; Bau, Betrieb & Rückbau der Anlage; Lagerung Atommüll) fallen Treibhausgasemissionen an.
[4] Gosden, Emily. Sizewell faces six-year emissions lag. In: The Times, 25.8.2020.

Was haben gesundheitspolitische Fragen mit Atomenergie zu tun?

Eine Gesundheitspolitik, die »nur« auf die Vermeidung von Virusübertragungen setzt, ist vollkommen unzulänglich und einseitig. Eine vorsorgende Gesundheitspolitik nimmt auch die Atomenergie kritisch ins Visier. Zumindest müsste sie das tun.

Während derzeit alle Welt auf ein Virus und seine globalen Auswirkungen schaut, werden Klimafragen wieder hintangestellt. Dass die Reduktion von CO_2 eine Überlebensfrage darstellt, steht außer Frage. Dass wir Emissionsprobleme aber nicht in den Griff bekommen, indem wir Technologien forcieren oder schönreden, die Mensch und Umwelt existentiell bedrohen, liegt ebenso auf der Hand.

Der Compliance-Ausschuss der Aarhus-Konvention bezeichnete Atomenergie in einem Bericht 2013[1] als komplexe und „extrem gefährliche" Aktivität. Wie Fukushima gezeigt hat, können schwere Unfälle in High-Tech-Ländern passieren und sind nicht nur hypothetischer Natur. Technische Risikobewertungen beruhen auf bestimmten Annahmen (z. B. maximaler Anstieg des Meeresspiegels; vermeintliche Erdbebensicherheit oder gewisse „Anlagenbedingungen"). Die Katastrophe von Fukushima wurde durch einen Prozess ausgelöst, der in keiner Risikobewertung vorgesehen war – die Kernreaktoren waren schlicht nicht „ausgelegt", um den realen Umständen standzuhalten.

Dr. Alex Rosen, Vorsitzender der deutschen Sektion der Organisation *Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges* hat kürzlich in einem Vortrag dargelegt, dass sich drei Atomkatastrophen mit Kernschmelzen innerhalb eines kurzen Zeitraumes von 32 Jahren ereigneten. Im Durchschnitt alle 11 Jahre ein Kernschmelzereignis.

„Aufgrund der intensiven und langlebigen Radioaktivität sowie der damit verbundenen Risiken für menschliches Leben und die Natur kann Atomkraft nicht als saubere Energiequelle bezeichnet werden."[2]

Die Gefahr radioaktiver (Ver-)Strahlung besteht über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg: angefangen beim Abbau des Rohstoffes Uran über die Spaltung von Uran im regulären Betrieb der Stromerzeugung bis hin zur Lagerung atomarer Abfälle und dem Rückbau von kontaminierten Anlagen und Gebäuden.

Warum schlägt sich eine adäquate Risikobewertung von Atomenergie derart wenig in politischen Strategien nieder? Warum erliegen derzeit geführte Diskussionen über Atomenergie einem reinen CO_2-Reduktionsfetisch (bspw. im Rahmen der Debatte um ein „grünes" Gütesiegel für Finanzprodukte auf europäischer Ebene („Taxonomie"); bspw. im Hinblick auf eventuelle Laufzeitverlängerungen deutscher AKWs)?

COVID-19 hat es bewiesen, es geht. Ein rasches globales Handeln ist möglich und wir fordern das neben vielen weiteren NGOs auch in Klimaschutzfragen und im Hinblick auf ein Abschalten aller weltweit betriebenen AKWs sowie einem globalen Verbot von Neubauten weltweit! Das ist längst überfällig. [JB/CW]

»Beim Klima kennen wir den Impfstoff schon!«

... so sprach Deutschlands Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) zum Auftakt des „Petersberger Klimadialogs" am 27. April 2020. Sie möchte nach der Corona-Krise „(...) den Neustart mit einem Update verbinden." Künftige Konjunkturprogramme müssten sich zwingend am Klimaschutz ausrichten. Die Methoden und Technologien dafür seien bekannt. „Anders als beim Kampf gegen Corona kennen wir den Impfstoff schon." Die deutsche Wirtschaft reagierte gespalten: Der mächtige *Bund Deutscher Industrie* stellte offen das europäische Klimaziel bis 2030 infrage.
(Süddeutsche Zeitung, 28.4.2020)

QUELLEN:

[1] ACCC / C / 2013/91, Ziff. 75.
[2] Wealer, Ben/Bauer, Simon/Göke, Leonard/Hirschausen, Christian/Kempfert, Claudia (2019). Zu teuer und gefährlich: Atomkraft ist keine Option für eine klimafreundliche Energieversorgung. Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. DIW Wochenbericht Nr. 30/2019, 511-520.
Siehe QR-Code Seite 12

© Land Salzburg / Neumayr – Leopold 08.06.2020

Videokonferenz der Fachkommission Umwelt im Ausschuss der Regionen mit Landtagspräsidentin Pallauf

Einigkeit unter EU-Ländern

Kein Geld vom *Just Transition Fund* für Atomkraft oder Erdgas?

Die Botschafter der 27 EU-Mitgliedstaaten einigten sich Ende Juni darauf, dass der Just Transition Fund (JTF - Fonds für einen gerechten Übergang) weder den Bau noch die Abwrackung von Atomkraftwerken unterstützen soll.
(Reuters, 25.6.2020)

Die Europäische Kommission, das Exekutivorgan der EU, will einen 40 Milliarden schweren *Just Transition Fund* einrichten, der sich aus 30 Milliarden vom Corona-Wiederaufbaufonds der EU und 10 Milliarden aus ihrem Budget für die Jahre 2021 bis 2027 zusammensetzen soll. Der Fonds zielt darauf ab, die Staatengemeinschaft von den fossilen Brennstoffen abzunabeln. So werden beispielsweise Regionen, die von schmutzigen Industrien abhängig sind, bei dem Aufbau neuer Wirtschaftssektoren unterstützt.

Die Botschafter der 27 EU-Mitgliedstaaten einigten sich darauf, dass über den JTF keine nuklearen oder Erdgasprojekte finanziert werden sollen (obwohl einige osteuropäische Länder forderten, dass Gas für eine EU-Finanzierung in Frage kommen soll). Diese Position steht im Einklang mit jener der Europäischen Kommission, womit es wahrscheinlich wird, dass der JTF in seiner endgültigen Version Atomkraft und Gas ausschließt. Was nicht heißt, dass die Atomlobby nicht andere Schlupflöcher finden wird.

Europäisches Klimagesetz

Wandel durch Erneuerbare statt Atomenergie

Gemeinsam mit den 329 Abgeordneten aus den Regionen, Städten und Gemeinden der EU (= Ausschuss der Regionen) spricht sich Salzburgs Landtagspräsidentin Dr. Brigitta Pallauf dagegen aus, dass Atomenergie für die Dekarbonisierung, also die Umstellung auf eine kohlenstofffreie Wirtschaft, notwendig sei.
(Salzburger Landeskorrespondenz, 9.6.2020)

Diese „Notwendigkeit der Atomenergie“ sehe nämlich die Klimagesetz-Vorlage der EU-Kommission vor. Die Klimaziele müssen mit erneuerbaren Energien erreicht werden, fordert Pallauf. Nicht nur aus diesem Grund brachte sie Abänderungsanträge zum geplanten Klimagesetz ein.

Laut einer Auskunft von Pallaufs Referentin Mag. Weiss (2.7.2020) konnten dank der „Intervention der österreichischen Vertreter in der aktuellen Plenartagung des Ausschusses der Regionen sämtliche positiven Verweise auf Kernenergie aus den Stellungnahmen und Entschließungen entfernt werden.“ Zumindest auf Ebene der regionalen Vertreter innerhalb Europas habe so „ein kleiner Erfolg erzielt werden“ können.

Einwendung gegen neue Reaktoren am Standort Sizewell C (GB)

Österreich hat sich bereit erklärt am Verfahren zur grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für zwei neue Reaktoren der Atomanlage Sizewell C in Großbritannien teilzunehmen.

Die zwei geplanten Europäischen Druckwasserreaktoren (EPR) sollen eine Leistung von je 1.670 MW erbringen.

Die PLAGE hat im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eine Einwendung zu dem Projekt bei der Salzburger Landesregierung eingereicht.

Die österreichische Bundesregierung hat eine umfassende kritische Stellungnahme vorgelegt.

PDF Download
Sizewell C, ENVIRONMENTAL IMPACT ASSESSMENT

plage TAGEBUCH

Radonerhebung zur ÖBB Neubaustrecke Köstendorf-Salzburg

Es ist dem PLAGE-Aktionsleiter Thomas Neff zu verdanken, dass die Bevölkerung auf die Problematik der erhöhten Radon-Belastung im Flachgau, im Zuge des ÖBB-Streckenausbaus, aufmerksam gemacht wurde. Dank der umsichtigen Recherche und der vorgenommenen Messungen konnten alle neun Flachgauer Gemeinden, die durch den Ausbau betroffen sind bzw. sein werden, über die Belastungen informiert werden. Nicht zuletzt dank dieser Arbeit wurde die ÖBB mit zahlreichen Anfragen betreffend der Gesundheitsbelastung u.a. durch Flachgauer Bürgermeister konfrontiert.

© Thomas Neff

Thomas Neff deckte bereits mehrfach erhöhte Radioaktivität auf (zuletzt: strahlendes Gestein an österreichischen Schulen).

Der Umstand, dass die durchgeführten Kontrollmessungen deutliche Hinweise auf das Vorhandensein radioaktiven Materials geben (Uran 238, Thorium 232, Kalium 40, Radon 222), hat Thomas Neff dazu motiviert, die ÖBB in Sachen Umweltverträglichkeit und Gesundheitsbelastung offiziell zu einer Stellungnahme aufzufordern.

Geotechniker und Hydrologen arbeiten derzeit im Auftrag der ÖBB an einer umfassend geforderten Darstellung, um die von Thomas Neff als hochgradig gesundheitsgefährdend dargelegte Belastung durch Nukleide zu entkräften.

Für detaillierte Informationen zum Vorhaben ÖBB-Streckenausbau/Flachgau steht Thomas Neff gerne zur Verfügung. Kontaktaufnahme über **info@plage.at**

Der Kampf um die Laufzeitverlängerung deutscher AKWs ist entbrannt

Eine Replik von Dr. Alex Rosen auf den Gastbeitrag von Dr. Rainer Moormann und Dr. Anna Veronika Wendland in der *ZEIT* vom 16. Juli 2020, Rubrik „Streit". Nach einer anfänglichen Zusage hat *DIE ZEIT* die Veröffentlichung jedoch abgelehnt.

Ende 2022 wird in Deutschland der letzte Atomreaktor vom Netz genommen. Gleichzeitig hat die Bundesregierung nun den Ausstieg aus der Kohleverstromung beschlossen. Leider viel zu zögerlich, denn es braucht zügige Maßnahmen, um zumindest die schlimmsten Szenarien der Klimakatastrophe noch aufhalten zu können. Es war es nur eine Frage der Zeit, bis die Atomindustrie erneut nach einem Ausstieg aus dem Ausstieg ruft. Nun da Wind- und Solarkraft die Kilowattstunde deutlich günstiger produzieren können als Atommeiler und das alte Kostenargument nicht mehr zieht, muss das Klima als Begründung herhalten.

Jedoch existieren bislang keine belastbaren Studien, die zeigen, dass sich ein Festhalten an der Atomenergie für Klima und Umwelt lohnen würde. Atomenergie ist unflexibel und weiterhin ein exklusives Projekt weniger Staaten. Nur rund 5 % der weltweiten Energieproduktion wird durch Atomkraft gedeckt. 85 % aller Staaten haben weder Atomenergie noch die finanziellen oder technischen Voraussetzungen dafür. Für eine globale Energiestrategie ist sie daher völlig ungeeignet.

Ernsthaft eine Rückkehr zur Atomenergie zu fordern kann nur, wer alle anderen Aspekte der nuklearen Kette ausblendet:
1. Die massive Umweltzerstörung, die strahlenden Müllhalden und die eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch den Raubbau von Uran in den Siedlungsgebieten indigener Völker.
2. Über einen Zeitraum von 32 Jahren kam es drei Mal zu Atomkatastrophen mit Kernschmelzen, hunderte kleinere Atomkatastrophen haben riesige Landstriche radioaktiv verseucht und die Kernspaltung ist seit Fukushima nicht beherrschbarer geworden.
3. Tonnenweise fällt radioaktiver Müll an, der für Hunderttausende von Jahren Strahlung produziert und dessen Sicherung und Lagerung noch viele künftige Generationen beschäftigen wird.

Wer Atomenergie befürwortet, verschließt zudem die Augen vor der Proliferationsgefahr. Während die USA und die UdSSR Atomreaktoren noch ausschließlich zur Produktion von waffenfähigem Spaltmaterial nutzten, erhitzten die Briten 1956 als erste mit der Abwärme ihrer Plutoniumbrüter Wasser und produzierten Strom. Die neue Werbestrategie hieß „Atoms for Peace". Dabei investierten vor allem Staaten in Atomenergie, die sich die Option auf die Bombe offenhalten wollten. In den kommenden Jahrzehnten entwickelten sieben weitere Staaten mit Hilfe ziviler Atomenergieprogramme Atomwaffen.

Investitionen in die zivile atomare Infrastruktur sind auch in den Atomstaaten nichts weiter als versteckte Subventionen der militärischen Atomprogramme, wie der Bau neuer Reaktoren in Frankreich oder Großbritannien zeigt, wo das Militär massiv von der Forschung, Entwicklung und Ausbildung im zivilen Atomsektor profitieren. Auch China, die USA und Russland investieren kräftig: Ohne das zivile Rückgrat der Atomindustrie wäre eine Modernisierung der Atomwaffenarsenale nicht denkbar. Wer diese Fakten anerkennt, stellt fest, dass die globalen energiepolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ebenso wenig mit der Atomtechnologie des 20. Jahrhunderts gelöst werden können wie mit den fossilen Brennstoffen des 19. Jahrhunderts.

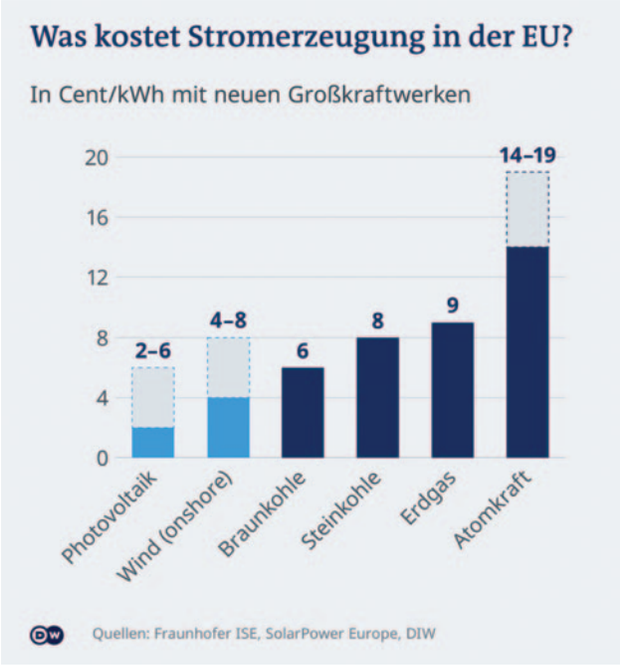
Befürworter der Atomenergie zeichnen gerne das Bild von ausgehenden Lichtern,

© Pressefoto ippnw.de

Dr. Alex Rosen ist Co-Vorsitzender der deutschen Sektion der Organisation *Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW).*

INFOBOX

Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, des Fraunhofer ISE und weiteren zeigen, dass die Stromerzeugung aus Erneuerbaren jene aus fossilen Energien bei weitem schlägt. Dass Atomkraft nicht nur zu gefährlich, sondern auf viel zu teuer und damit wirtschaftlich völlig unrentabel ist, zeigt folgende Grafik.



© Deutsche Welle

Solarenergie ist im Vergleich wesentlich günstiger als andere Energiegewinnungsformen

sobald Reaktoren abgeschaltet werden. Dieses Szenario ist heute ebenso falsch wie 2011 als die Atomindustrie vor dem Abschalten der Meiler warnte. Auch zukünftig werden keine Lichter ausgehen – vorausgesetzt, die Blockade der Energiewende wird endlich beendet. Denn es ist bei weitem nicht so, dass Deutschland sich in den letzten 10 Jahren auf den Ausbau von Erneuerbaren Energien konzentriert hat. Einzelne Kommunen, Firmen und private Haushalte haben dies getan. Die deutsche Politik hat die Energiewende seit 2011 ganz im Sinne der Großkonzerne konsequent ausgebremst.

Wer behauptet, dass es für ein Land wie Deutschland nur die Alternative zwischen fossiler und atomarer Stromerzeugung gäbe, ignoriert die Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, des Fraunhofer Instituts, der Scientists for Future oder der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin und die realen Marktentwicklungen. Sie zeigen, dass ein Szenario mit 100 % Erneuerbare Energien mit entsprechenden Gesetzesänderungen in den kommenden Jahren umgesetzt werden könnte. Durch eine solche dezentrale, nachhaltige Energiewirtschaft könnten Konflikte um Rohstoffe ebenso vermieden werden wie Abhängigkeiten von Uran-, Gas- oder Öl liefernden Staaten.

Die meiste Zeit des Jahres steht ausreichend Strom aus Sonnen- und Windenergie bereit, während an wenigen Tagen im Jahr zu wenig Erneuerbare Energien verfügbar sind. Die Lösung für dieses Problem sind der europaweite Netzausbau, um Erzeugung und Nachfrage besser in Einklang zu bringen und die möglichst effiziente und flexible Speicherung überschüssiger Energie. Hier gibt es zweifelsohne noch große Defizite. Seriöse Schätzungen gehen für ein Stromnetz mit 100 % Erneuerbaren Energien von benötigten Speicherkapazitäten aus, die um einen Faktor 1.000 über dem heutigen Stand liegen.

Aber es gibt Hoffnung, dieses Niveau zu erreichen, denn neben klassischen Pumpspeicherkraftwerken oder neuartigen Kugelpump- oder Flüssigsalzspeichern gibt es vor allem zwei vielversprechende Speicherkonzepte: Für die kurzfristige Speicherung bieten sich elektrochemische Batteriesysteme an. Weltweit werden derzeit riesige Batteriefabriken errichtet. Die dort gefertigten Speicher kommen dezentral in Firmen, öffentlichen Gebäuden und Privathaushalten zum Einsatz. Durch Kopplung mit Photovoltaikanlagen könnten so bis zu 80 % des privaten Strombedarfs gedeckt werden. In Kombination mit Wärmepumpen und Elektrofahrzeugen können sie zudem CO_2 im Wärme- und Verkehrssektor einsparen. Solche Batteriesysteme werden von Jahr zu Jahr besser und billiger. Allein in den letzten acht Jahren sind die Preise für Lithium-Ionen-Batterien um 85 % gesunken und der Trend hält an. Für die

PDF Download der Studie „Zu teuer und gefährlich: Atomkraft ist keine Option für eine klimafreundliche Energieversorgung" des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

saisonale Energiespeicherung eignen sich dagegen Power-to-Gas-Ansätze. Energieüberschüsse aus Wind- und Solarkraft können zu Wasserstoff und Methan umgewandelt, im bereits existierenden Gasnetz gespeichert und in Gaskraftwerken wieder verstromt werden. Auf diesem Weg könnten auch der Flug- und Schifffahrtsverkehr sowie die Großindustrie vollständig dekarbonisiert werden. Power-to-Gas ist technisch bereits machbar und wird im Moment schon angewandt. Aufgrund der bislang schwachen Effizienz des Elektrolyseprozesses sowie des günstigen Erdgaspreises ist die synthetische Gaserzeugung jedoch noch nicht wirtschaftlich. Ein CO_2-Preis auf fossile Energien, sinkende Produktionskosten von Ökostrom und eine progressive Gesetzgebung werden diesen Technologien zum Durchbruch verhelfen.

Die Befürchtung, dass Speichertechnologien nicht schnell genug entwickelt werden können, unterschätzt das Innovationspotential der Ingenieure und die Bereitschaft der Bevölkerung, die Energiewende umzusetzen. Wer heute behauptet, dass es nicht möglich sei, in wenigen Jahren die notwendigen Speichertechnologien aufzubauen, der konnte sich sicherlich in den 90er Jahren auch nicht vorstellen, dass einmal eine ganze Bibliothek auf einen Datenträger von der Größe einer Streichholzschachtel passen würde oder ein tragbares Telefon mehr Rechnerleistung haben könnte als die NASA-Computer, die die Mondlandung steuerten.

Wir brauchen keinen Ausstieg aus dem Ausstieg, sondern eine Änderung der politischen Rahmenbedingungen, Maßnahmen zum Einsparen von Energie, eine konsequente Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen, den raschen Ausbau der Erneuerbaren Energien und europäische Netzkooperationsprojekte. Technologien für das Speichern von Energie, intelligentes Lastenmanagement im Stromnetz sowie die Sektorenkopplung müssen erforscht, kurzfristig zur Marktreife gebracht und ausgebaut werden. Beenden wir endlich die Blockade der Energiewende. Anstelle von Großkraftwerken in der Hand einiger weniger Großkonzerne bedarf es einer dezentralen Energiewende mit 100 % Erneuerbaren Energien – in Bürgerhand, auf der Basis eines gesamtgesellschaftlichen Umdenkens mit Blick auf die limitierten Ressourcen unseres Planeten.

HOT SPOT ÖSTERREICH

Gegendarstellung

Die Medieninhaberin der PN hat sich gegenüber ALLIANCE FOR NATURE, vertreten durch Generalsekretär DI Christian Schuhböck, 1160 Wien, Thaliastraße 7, zur Veröffentlichung nachstehender

Redaktioneller Gegendarstellung

als Bildtext verpflichtet:
„Im Artikel PLAGE-Stellungnahme zur Alliance for Nature Windkraft, Atomkraft und Umweltschutz, abgedruckt in Plattform News 1/19, Seite VI, behaupten wir als Begleittext zum Bild (© Christian Schuhböck) folgendes: ‘Diese tendenziöse Aufnahme begleitet die Mitteilung von Alliance for Nature zu Windkraftanlagen: Wenn die WKAs im Vordergrund stehen, schauen sie natürlich ungleich höher und mächtiger aus als die Dorfkirche dahinter… Freilich machen alle, auch Atomgegner-Organisationen und Windkraftfirmen, Gebrauch von suggestiven Bildern’.

Diese Behauptung ist unwahr. Denn die WKAs stehen nicht im Vordergrund und die Dorfkirche nicht dahinter. Unter Zugrundelegung dieser Tatsachen ist die Aufnahme nicht tendenziös. Urheber des Fotos ist DI Christian Schuhböck. Wir ersuchen die Fehlinterpretation des Bildes und die mangels Kenntnis unterlassene Nennung des Urhebers zu entschuldigen.“

© DI Christian Schuhböck

In memoriam Christine Gölzner

Sie war eine PLAGE-Mitstreiterin der ersten Stunde. Christine hat uns still und leise verlassen – wir sind traurig.

© Roswitha Müller

Christine Gölzner in Aktion anlässlich der Verleihung des „Saurüssel"-Ordens: Protest vor dem Salzburger Rathaus vor einer entscheidenden Sitzung des Gemeinderates über das Salzburger Modell für mehr Bürgerbeteiligung 2015."

Gegen Ende Juli erhielten wir von ihrem Sohn Richard die Mitteilung, dass sie „schon seit einem halben Jahr an Krebs erkrankt ist und ihr nur mehr wenige Tage bleiben. Sie ist gefasst und verzichtet auf medizinische Interventionen, die keine Heilung mehr bieten könnten."

Noch kurz davor war Christine für die Unterschriftensammlung des Klimavolksbegehrens unterwegs gewesen. In ihrer unverkennbaren Art: bescheiden aber mit großer Beharrlichkeit. Ihre Mithilfe bei zahlreichen PLAGE-Aktionen, Demos, Infoständen oder PN-Versand wird uns fehlen. Nie kämpfte sie laut, aber immer wieder bewies sie ihren langen Atem gegen die zivile und militärische Atomnutzung. Sie war subversiv gegenüber aller lebensfeindlichen Macht, subversiv wie es Elfen und gute Zauberer sind.

„Das weiche Wasser bricht den Stein"! Mit diesem Titel des AktivistInnen-Liedes von Walter Moßmann lässt sich ihr Engagement am besten charakterisieren.

Wir werden sie nicht vergessen, aber sehr vermissen.

Heinz Stockinger, für das PLAGE-Team,
Anfang August 2020

© Heidi Stranzinger

Christine Gölzner im Zentrum der PLAGE Mitstreiter- und SympathisantInnen bei der Protest-Sternwanderung gegen die geplante 380kV-Trasse der Verbundgesellschaft, zu der u.a. Salzburgs Bürgermeister Heinz Schaden aufgerufen hatte. *Sonntag 13.6.2010, Gaisberg-Gipfelkreuz*

Einladung zur PLAGE-General-versammlung

Freitag, 5. Februar 2021, 17.00 bis 19 Uhr
Nonntaler Hauptstraße 86, 2. Stock,
5020 Salzburg

Tagesordnung ...

1. Begrüßung durch den Obmann; Feststellung der Beschlussfähigkeit; Genehmigung der Tagesordnung sowie des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung
2. Bericht des Obmanns über die aktuellen Vereinsaktivitäten
3. Bericht des Kassiers und der Rechnungsprüfer
4. Diskussion der Berichte und Entlastung des alten Vorstandes
5. Neuwahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer
6. Allfälliges

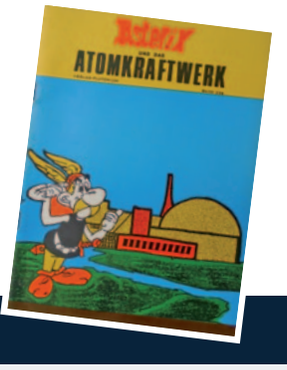
Der PLAGE-Vorstand und die MitarbeiterInnen freuen sich auf Dein/Ihr Kommen!

plage SHOP

Auffallen. Der nächste Winter kommt bestimmt – wir haben dafür die richtige Kopfbedeckung: Hauben mit „Raus aus EURATOM"-Schriftzug gibt's in verschiedenen Farben und in zwei stylischen Varianten (Beanie & enge Haube): EUR 28,– (für Mitglieder EUR 24,–)

Flagge zeigen.
„Raus aus EURATOM"-Flagge (Größe: 48x30 cm) Preis: EUR 10,–

Film kaufen und verleihen. „Atomlos durch die Macht" unserer oberösterreichischen Partnerorganisation *atomstopp_atomkraftfrei leben* kann um EUR 20,– bei uns erworben werden.



VERLEIH

Wanderausstellung „ASTERIX UND DAS ATOMKRAFTWERK. Schicksal und Ausstrahlung eines Comic-Raubdrucks aus Österreich" in Form von 20 Roll-ups.

„Asterix und das Atomkraftwerk" ist eine der pfiffigsten Kreationen der Atomgegner seit Beginn dieser großen gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Der Comic entstand 1978 in Wien: als durchaus unterhaltsames Sprachrohr und Spiegel der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung kurz vor der Zwentendorf-Volksabstimmung. Inmitten von heimlichem Druck von Tausender-Auflagen, von Klagen und Gerichtsverfahren erlangte der Comic als Raubkopie rasch internationale Verbreitung.
Die Ausstellung der PLAGE spürt dem Schicksal des Raub-Comics nach. Ein Großteil der Ausstellung ist der „atomaren Kampfzone" gewidmet: in beispielhaften Bild- und Textsequenzen wird gezeigt, wie sich Cäsar und die Widerspenstigen über den geplanten Reaktor auseinandersetzen und die „Davids" schließlich gegen „Goliath" gewinnen - das Ringen um Österreichs Einstieg in die Atomenergie!

Was Sie tun können ...

Informieren Sie sich und teilen Sie Ihr Wissen mit anderen: Unsere kleine und fein bestückte Fachbibliothek kann Sie dabei wunderbar unterstützen.

Teilen Sie uns in den Sozialen Medien wie Facebook und helfen Sie uns, aktuelle Entwicklungen rund um das Thema Atomkraft unter die Menschen zu bringen.

Denken Sie über Ihre Energienutzung nach. Sollten Sie zu dem Schluss kommen, dass ein Strommix mit Atomenergie-Anteil nicht das Wahre für Sie ist, dann wenden Sie sich getrost an die Ökostrombörse, die für einen 100 % nachhaltigen und ökologisch verträglichen Strom sorgt.

Nutzen Sie unsere Website, um Hintergrundinformationen einzuholen, damit Ihnen niemand ein X für ein U vormachen kann.

Fördern Sie unsere Arbeit, indem Sie ein „plage News"-Abonnement abschließen oder uns mit einem frei gewählten Betrag finanziell unterstützen.

Verteilen Sie Infomaterial, das Sie kostenlos bei uns beziehen können.

Wenn Sie das Gefühl haben, noch über Zeitressourcen zu verfügen, die Sie sinnstiftend in einer Umwelt-NGO wie der PLAGE einsetzen möchten, machen Sie sich einen Termin mit uns aus. ***Wir freuen uns auf Sie!***

plage
Plattform gegen Atomgefahren.
Für erneuerbare Energien.

www.plage.at

INFOs und DATEN für SPENDEN

Die plage News erscheint in unregelmäßigen Abständen. Ein Abonnement kostet EUR 15,– pro Jahr.

Wenn Sie unsere Arbeit finanziell unterstützen möchten, freuen wir uns über Ihre Spende! Jeder Betrag hilft uns weiter, ob einmalig oder regelmäßig.

- Salzburger Sparkasse
- IBAN: AT382040400000001313
- BIC: SBGSAT2S

Herzlichen DANK für Ihren Beitrag zu einer atomfreien Zukunft!

FRIDAYS FOR FUTURE Austria

CLIMATE JUSTICE NOW – JOIN US!

Wir sind zurück mit Streiks und offenen Plena! Wir demonstrieren wieder **jeden Freitag ab 14:00** am Alten Markt. Seid dabei und unterstützt uns für eine klimafreundliche Zukunft.

Aktuelle Infos und Auskünfte:
Fridays for Future Salzburg
fridaysforfuture.at

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665M
Verein Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Für erneuerbare Energien.
Nonntaler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg, Österreich · Website: www.plage.at
Spenden: Salzburger Sparkasse, IBAN: AT38 2040 4000 0000 1313, BIC: SBGSAT2S